



Rudolf Ramsauer,
Direktor

Wir tun uns schwer mit der Marktöffnung. Der vom Bundesrat in die Vernehmlassung gegebene Vorschlag zur Strommarktöffnung ist ein zaghafter Liberalisierungsschritt, der in keiner Weise dem Tempo des europäischen Umfelds zu folgen vermag.

Keine Wettbewerbsfähigkeit ohne Marktöffnung

Die im September zur Abstimmung gelangende Poststelleninitiative will das Rad der Liberalisierung sogar zurückdrehen und die Tür für staatliche Subventionen wieder öffnen. Konsequenz fehlender Marktöffnung sind hohe Preise und damit höhere Kosten für die Schweizer Unternehmen im Vergleich zur internationalen Konkurrenz. Das kostet Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze. Der Druck aus dem Ausland und/oder das Ende der Finanzierbarkeit durch den Staat werden die notwendigen Anpassungen früher oder später erzwingen. Je länger wir zuwarten, desto schmerzhafter die Korrektur – wie das Beispiel Landwirtschaft zeigt. Und je länger wir zuwarten, desto weniger Spielraum bleibt uns, unsere Rahmenbedingungen selber zu gestalten.

@ rudolf.ramsauer@economieuisse.ch

Mehr Wettbewerb auf dem Binnenmarkt

Fundierte Analysen belegen: Der Binnenmarkt Schweiz mit seinen Marktzugangsbeschränkungen (z.B. Elektrizitätsmarkt, Architekten, Installateurwesen) und Abschottungen (z.B. Normen für Waschmaschinen) trägt zum hohen Preisniveau in unserem Land bei. Es besteht dringender Handlungsbedarf.

economieuisse begrüsst daher die vorgeschlagenen Änderungen zur Stärkung des Bundesgesetzes über den Binnenmarkt (BGBM). Denn das geltende Gesetz aus dem Jahr 1995 hat die gesetzten Erwartungen nicht erfüllt. Die Realisierung des Binnenmarktes Schweiz ist bis heute Stückwerk geblieben, weil der Spielraum der Kantone für Marktzugangsbeschränkungen zu gross ist und das Föderalismusprinzip in der Rechtsprechung des Bundesgerichts Vorrang hat. Die Revisionsvorlage, Teil des bundesrätlichen Wachstumsprogramms, ist deshalb ein wichtiger Schritt, um die diversen Marktzugangsbeschränkungen zu beseitigen, die berufliche Mobilität im Interesse der individuellen Berufsausübungsfreiheit zu erleichtern und die Aufsichtsfunktion der Wettbewerbskommission (Weko) zu stärken. Diese Massnahmen eröffnen den Wachstumskräften bessere

binnenwirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten.

Überzeugende Vorlage

Die Stossrichtung der bundesrätlichen Revisionsvorlage zum BGBM überzeugt. Gleichwohl plädierte economieuisse in einer detaillierten Stellungnahme vom 14. Juni 2004 dafür, die gegebene Verfassungskompetenz gemäss Art. 95 Abs. 2, erster Satz, BV, voll auszuschöpfen. Aus diesem Grund hat u.a. die Übertragung der Nutzung kantonaler und kommunaler Monopole an Private ausschliesslich im Rahmen



Rudolf Walser,
Mitglied der Geschäftsleitung

von Ausschreibungen zu erfolgen. Im Weiteren ist zu prüfen, ob der Weko anstelle eines Beschwerderechts nicht ein Verfügungsrecht gegen unzulässige Marktzugangsbeschränkungen eingeräumt werden soll, denn die Durchsetzung des Binnenmarktgesetzes ausschliesslich über den Beschwerdeweg ist erfahrungsgemäss schwierig.

Unnötige Befürchtungen

Zwar sind auch innerhalb der Wirtschaft vereinzelt Stimmen laut geworden, die im Zusammen-

hang mit der Revision des BGBM generell eine den Konsumenten- und Patienteninteressen zuwiderlaufende Nivellierung nach unten befürchten, insbesondere in der Bauwirtschaft und im Gesundheitssektor. Diese Befürchtungen sind insofern zu relativieren, als davon ausgegangen werden kann, dass der Sicherheitsstandard in der Schweiz allgemein hoch und relativ einheitlich ist. Zwischen den Kantonen bestehen deshalb keine signifikanten Qualitätsunterschiede, die gegen einen freien Marktzugang sprechen.

Innovatorisches Potenzial

Insgesamt ist der vom Bundesrat gewählte Revisionsansatz richtig, im Rahmen der gegebenen Verfassungskompetenzen für einen einheitlichen Wirtschaftsraum zu sorgen und von einer Zentralisierung der wirtschaftspolizeilichen Regulierungen beim Bund abzusehen. Denn die Wahrung der kantonalen Vielfalt (Systemwettbewerb) unter der Auflage der Vermutung der Gleichwertigkeit der kantonalen Regulierungen hat mehr innovatorisches Potenzial als eine Zentralisierung der Kompetenzen. Im Interesse der Stärkung der Wettbewerbs- und damit auch der Wachstumskräfte verdient die Vorlage volle Unterstützung.

@ rudolf.walser@economieuisse.ch

Schwerpunktthema

Die Mehrwertsteuerbilanz bei den economieuisse-Mitgliedern ist durchzogen: Die Probleme im Vollzug überwiegen.

Seite 2 ▶

Neuer Höchstwert

Die Schere zwischen den Ausgaben für die soziale Sicherheit und dem Wirtschaftswachstum öffnet sich weiter.

Seite 3 ▶

EnAW

Die Umsetzung einer aktiven Umweltpolitik hat für die IVF HARTMANN in Neuhausen seit jeher eine grosse Bedeutung.

Seite 3 ▶

KMU-Porträt

Andermatt Biocontrol AG, ein ehemaliger ETH-Spin-off, ist heute schweizweit führender Anbieter von biologischen Pflanzenschutzmitteln.

Seite 4 ▶

Zehn Jahre Mehrwertsteuer: kein Grund zum Feiern

Eine Umfrage bei den Mitgliedern von economiesuisse zur Mehrwertsteuer fiel durchgezogen aus. Die Probleme im Vollzug überwiegen.

Vor zehn Jahren wurde die Warenumsatzsteuer (WUST) durch die Mehrwertsteuer (MWST) abgelöst. Der Nationalrat verlangt aus diesem Anlass vom Bundesrat einen Bericht zu den Erfahrungen mit der MWST. Eine entsprechende Vernehmlassung wurde von der ESTV vor kurzem bei interessierten Kreisen, darunter economiesuisse, durchgeführt.

Im Grundsatz bewährt

Wie hat sich der Übergang von der WUST zur MWST bewährt? Wo sind Schwachstellen und Mängel? Wie könnte das System vereinfacht werden? Und welche volkswirtschaftlichen Auswirkungen ergeben sich, auch im Hinblick auf den Unternehmensstandort Schweiz? Zweierlei ging aus den Antworten hervor: Für eine Mehrheit stellt die MWST zwar einen konkreten Schritt in Richtung verbesserte Konkurrenzfähigkeit dar, die Mängel beim Vollzug sind hingegen schwer wiegend.

Verbesserungen haben sich vor allem für die Industrie ergeben. Der Wegfall des «taxe occulte-Effekts» hat die Wettbewerbsfähigkeit erhöht, Nachteile aus der WUST für die Exportwirtschaft sind mit der MWST entfallen. Der im europäischen Vergleich noch immer relativ tiefe MWST-Satz ist und bleibt ein Standortvorteil.

Schwere Mängel im Vollzug

Die Hauptprobleme liegen weniger am System als am Vollzug. Die in der Befragung hervorgetretenen Mängel sind gravierend. Das seinerzeit von den Steuerbehörden abgegebene Versprechen, mit der MWST eine einfach zu handhabende Konsumsteuer einzuführen, wurde nicht eingelöst. Fehlende Praxistauglichkeit, Rechtssicherheit und Wirtschaft-

lichkeit; überspitzter Formalismus, Willkür und Pedanterie; Widersprüche in einem überkomplexen, schwer verständlichen Regelwerk voller Ausnahmen, das zu Fehlern bei der Abrechnung führt und zu Strafsteuern, die für KMU mitunter gravierend sein können; fehlende Harmonisierung der Konzepte mit anderen Steuerarten und EU-Regeln; eine Haltung der Steuerbehörden, die häufig als misstrauisch und konfrontativ wahrgenommen wird – die Mängelliste liesse sich beliebig verlängern. Auch für den Finanzdienstleistungssektor stellt die MWST wegen der unechten Befreiung eine starke Zusatzbelastung dar.

Was sich Unternehmen wünschen

Generell gehen die Wünsche in Richtung weniger Formalismus, mehr Flexibilität und Praxisorientierung. Spezifische Forderungen sind: die Festlegung realistischer Vorsteuerabzugspauschalen; erhöhte Umsatzgrenzen für die Saldobesteuerung; Verbesserungen bei der Gruppenbesteuerung; markt- bzw. branchenkonforme Zinsen und Pauschalen beim Vorsteuerabzug. Vorschriften, Ausnahmen sowie Beleganforderungen sollten nach dem Grundsatz der Wesentlichkeit radikal gekürzt werden, die Haltung der Verwaltung bei Fehlern muss wirtschaftsfreundlich sein. Ferner sollte die Steuerprüfung effizient und kooperativ erfolgen;

Sachverständige der Wirtschaft sind in die Weiterentwicklung der Steuer einzubeziehen.

Erwartungen

Zehn Jahre MWST-Verregulierung ohne Plan und Ziel sind genug. Künftig muss der Fokus wieder ganz auf die Wettbewerbsneutralität und den Erhalt der Standortattraktivität gelegt werden. Das heisst, dass nebst Systemanpassungen, die sich an den Bedürfnissen der Unternehmen orientieren, die Steuersätze möglichst nicht weiter differenziert werden. Das heisst vor allem aber auch, dass künftig allfällige Steuersatzerhöhungen, sofern sie sich als unvermeidlich erweisen, nur mit entsprechenden Senkungen bei den direkten Steuern akzeptierbar wären. Andernfalls würde die steuerliche Attraktivität der Schweiz weiter leiden. Die ESTV hat die skeptischen Reaktionen der Wirtschaft auf die Vernehmlassung etwas vorweggenommen. Ein in diesem Jahr ins Leben gerufenes gemischtes Konsultativgremium, in dem auch economiesuisse vertreten ist, soll künftige neue MWST-Regelungen prüfen und Empfehlungen im Hinblick auf eine «einfach umsetzbare allgemeine Mehrwertsteuer» abgeben. Es ist zu hoffen, dass die Arbeit dieses Gremiums von der Verwaltung ernst genommen wird.

@ frank.marty@economiesuisse.ch



Mehrwertsteuer: Noch viel Arbeit bis zu einem wirtschaftsverträglichen System.



Vize-Premierminister Zeng Peiyan und economiesuisse-Präsident Ueli Forster.

Hochrangiges Treffen Schweiz – China

Am 13. Juni trafen sich Vertreter der schweizerischen Wirtschaft und eine hochrangige chinesische Delegation unter Führung von Vize-Premierminister Zeng Peiyan in Zürich mit dem Ziel, sich über die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Volkswirtschaften zu unterhalten und diese zu vertiefen.

Schweizer Unternehmen haben in den letzten Jahren stark in China investiert und ihre Handelsbeziehungen zu diesem Land ausgebaut. Der direkte Warenaustausch betrug im Jahr 2003 fast 5 Mrd. Franken. Die rasante Entwicklung und das hohe Wachstum Chinas – das auch Gefahren mit sich bringt (Stromversorgung, Inflation, Währung) – wird auch in Zukunft eine Chance für die Schweizer Exportwirtschaft und Schweizer Investoren bieten. Gute bilaterale Beziehungen und stabile Rahmenbedingungen sind daher wichtig.

Der Präsident von economiesuisse, Ueli Forster, hat zusammen mit der schweizerisch-chinesischen Gesellschaft und der Wirtschaftskammer Schweiz – China eine Delegation der Wirtschaft mit hochrangigen Beamten der Volksrepublik China zusammengeführt. In seinem Referat setzte sich Vize-Premierminister Zeng mit der wirtschaftlichen und politischen Lage in China auseinander. Die anschließende Diskussion und die Gespräche drehten sich vor allem um mögliche schweizerische Investitionen und den Ausbau von Wirtschaftsbeziehungen. Sowohl economiesuisse wie auch die chinesische Delegation werten den Besuch als sehr positiv.

Schere zwischen Sozialausgaben und BIP öffnet sich weiter

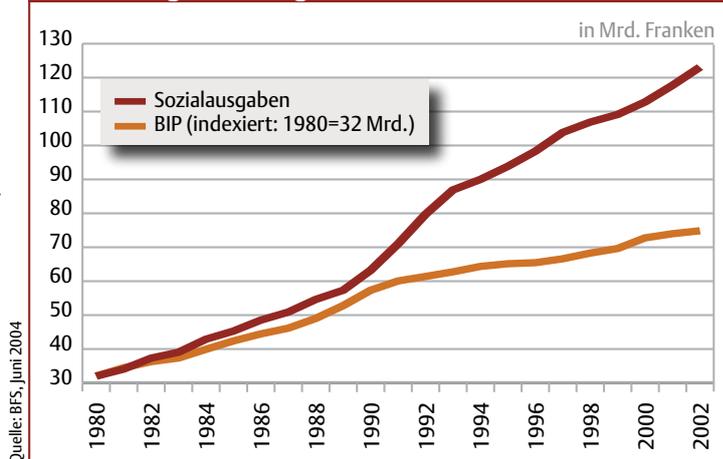
Die Ausgaben für die soziale Sicherheit nehmen ungebremst zu, wogegen das BIP stagniert. Die Sozialausgabenquote kletterte 2002 auf 28,8 Prozent und erreichte damit einen neuen Höchstwert.

Die Gesamtausgaben für die soziale Sicherheit beliefen sich 2002 auf 123 Mrd. Franken. Das sind 4,6 Prozent mehr als im Jahr 2001. Die Sozialausgabenquote stieg damit von 27,8 Prozent im Jahr 2001 auf einen aktuellen Rekordwert von 28,8 Prozent. Die Schere zwischen Sozialausgaben und der allgemeinen Wirtschaftskraft öffnet sich damit ungebremst weiter. Seit Beginn der 90er Jahre nehmen die Ausgaben für die soziale Sicherheit deutlich stärker zu als das Bruttoinlandprodukt. Innerhalb von zwölf Jahren haben sich die gesamten Sozialausgaben praktisch verdoppelt. Als

Folge muss die Schweiz einen immer höheren Anteil des Bruttoinlandprodukts für ihre soziale Wohlfahrt aufwenden. Die Sozialausgabenquote stieg von noch 19,3 Prozent des BIP 1990 auf 28,8 Prozent. Bereits 2001 lag die Schweizer Sozialausgabenquote über dem europäischen Durchschnitt.

Die Ursachen dieser Entwicklung liegen primär in höheren Aufwendungen der Arbeitslosenversicherung und der Invalidenversicherung. Auch der Aufbau der beruflichen Vorsorge führte zu einem überdurchschnittlichen Wachstum. An vierter Stelle stehen höhere Aufwendungen für die obligatorische Krankenpflegeversicherung. 2002 dienten 43,2 Prozent der Sozialleistungen der Altersvorsorge, 25,7 Prozent für Krankheit und Gesundheitspflege, 13,2 Prozent für Invalidität, 6,1 Prozent für Leistungen an Hinterbliebene,

Entwicklung Sozialausgaben und BIP



Quelle: BFS, Juni 2004

5,2 Prozent für Familien und 3,5 Prozent für Arbeitslosigkeit. Die Aussichten des Wohlfahrtsstaates Schweiz sind alles andere als rosig. Denn die eigentlichen Mehrkosten der demografischen Alterung werden erst in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren spürbar, wenn die geburtenstarken Jahrgänge der Nachkriegszeit ins Rentenalter übertreten. Ohne rechtzeitige

Anpassungen auf der Leistungsseite droht die Situation völlig ausser Kontrolle zu geraten. Auf dem Prinzip Hoffnung zu bauen oder gar einen Leistungsausbau zu fordern – die jüngste Idee einer 13. AHV-Rente lässt grüssen – ist gegenüber den kommenden Generationen geradezu unverantwortlich.

@ brigitte.lengwiler@economicsuisse.ch

Energie-Agentur der Wirtschaft

Die IVF HARTMANN AG nutzt ihre Abluftwärme

Die IVF HARTMANN AG in Neuhausen ist seit über 130 Jahren einer der führenden Anbieter von Medical-Produkten in der Schweiz. Die Umsetzung einer aktiven Umweltpolitik ist für das traditionsreiche Unternehmen seit jeher wichtig.

«Wer den ökonomischen Erfolg sucht, trägt auch ökologische Verantwortung.» Die IVF HARTMANN AG stellt sich dieser Herausforderung – von der umweltbewussten Wahl der Rohmaterialien und Produktionsverfahren bis zur Verpackung und zum Abfallrecycling. Seit 2002 ist die IVF HARTMANN AG Mitglied der Energie-Modell-Gruppe Winterthur-Schaffhausen der Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW). Damit bekennt sich

das Unternehmen zu den ökologischen Zielen, die sich die Schweiz im Rahmen des Kyoto-Protokolls gesetzt hat. Im Jahr 2003 beschäftigte die IVF HARTMANN AG am Standort Neuhausen 381 Mitarbeiter und ist damit einer der grössten Arbeitgeber in der Region Schaffhausen. Kernstück der Produktion ist die Verarbeitung von Baumwolle zu Hygie-

neprodukten, Watteprodukten in verschiedenen Formen sowie von Baumwollgeweben zu verschiedenen Mullprodukten für die Wundversorgung. Mit einer starken Forschung und Entwicklung hat sich das Unternehmen im internationalen HARTMANN-Konzern zum Kompetenzzentrum für moderne Wundversorgung entwickelt – für Ideen, die heilen und pflegen.



Das Firmengelände der IVF HARTMANN AG in Neuhausen am Rheinfluss.

Watte ist ein Naturprodukt und wird aus Baumwolle hergestellt, indem diese gewaschen und gebleicht wird. Nach diesen Arbeitsschritten sind die Watteflecken nass und müssen in einem Flockentrockner getrocknet werden. Dieser ist vergleichbar mit einem herkömmlichen Wäschetrockner. Die für die Trocknung benö-

tigte Wärme wird mit Dampf zugeführt. Die warme und feuchte Abluft dieses Flockentrockners wurde früher an die Umgebung abgegeben. Sie wird jetzt mit einer Wärmerückgewinnung in die Zuluft des Flockentrockners übertragen. Die Wärmerückgewinnung besteht im Wesentlichen aus einem Glasrohrwärmetauscher, der einen Teil der rund 70°C heissen Abwärme an die Zuluft des Flockentrockners übergibt. Die Zuluft wird dabei auf rund 54°C aufgewärmt und die Dampf-Heizregister müssen weniger Wärme aufwenden. Die Gesamtinvestition für diese Massnahme beläuft sich auf 63 000 Franken, gerechnet wird mit einer Pay-back-Zeit von rund sieben Jahren. Die EnAW und ihre teilnehmenden Unternehmen verfolgen mit solchen Massnahmen ein gemeinsames Ziel: die aktive Reduktion der CO₂-Emissionen bei gleich bleibender oder verbesserter Energieeffizienz.

Mit natürlichen Mechanismen gegen Schädlinge

Vom heutigen Erfolg hätte Martin Andermatt wohl nicht zu träumen gewagt, als er 1988 zusammen mit seiner Frau die Firma «Andermatt Biocontrol» gründete. Heute beschäftigt der ehemalige ETH-Spin-off über 50 Mitarbeiter, generierte im vergangenen Jahr einen Umsatz von 7,7 Millionen Franken und ist schweizweit führender Anbieter von biologischen Pflanzenschutzmitteln.

bennester. Die im luzernischen Grossdietwil ansässige Firma beliefert aber nicht nur Obstbauern. Zu den weltweit immer zahlreicher werdenden Kunden zählen beispielsweise auch Imker, Hobby- sowie Friedhofgärtner.

Bescheidene Anfänge

Angefangen hat aber alles in ganz bescheidenen Verhältnissen. Martin Andermatt war gerade frischgebackener Agronomie-Ingenieur der ETH in Zürich, als ihm die Marktnische im biologischen Pflanzenschutz auffiel. Sein damaliger Professor stärkte Andermatt den Rücken, in dieser Richtung Forschung und Entwicklung zu betreiben. Die ersten Feldversuche mit dem Apfelwickler wurden 1987 mit Material durchgeführt, das in einer Wohnung im zürcherischen Oberglatt produziert worden war. Nachdem Andermatt die Bewilligung für den Vertrieb von «Madex» erhielt, erzielte er im ersten Jahr einen Umsatz von rund 55 000 Franken. Später siedelte er mit seiner Frau Isabel – einer Tierärztin – nach Grossdietwil um und führte die Produktion in einem ehemaligen Bauernhaus weiter. Wieso gerade das Luzerner Hinterland? «Reiner Zufall», meint Andermatt. «Es war gerade ein für unsere Zwecke geeignetes Bauernhaus frei.» Im vergangenen Jahr wurde die Firma aufgeteilt. Neu wurden «Andermatt Biogarten» und «Andermatt Biovet» als eigene Aktiengesellschaften gegründet. Erstere



Erweiterungsbau für Büros, Lager und Produktion in Grossdietwil.



Die Idee der Bekämpfung von Pflanzenschädlingen mit natürlichen Mitteln ist nicht neu. In der Fachliteratur beschreiben Wissenschaftler bereits seit langem die Möglichkeiten des biologischen Pflanzenschutzes, zum Beispiel auch mittels Insektenviren. Martin Andermatt setzte diese Idee aber weltweit zum ersten Mal in der Produktion von Nahrungsmitteln um. Als Pionierprodukt brachte Biocontrol «Madex» auf den Markt. Dieses Mittel wird gegen den Apfelwickler eingesetzt, der bis zur Hälfte einer Apfelernte vernichten kann. Dieses Insekt – die Raupe eines Schmetterlings – hat seinerseits auch natürliche Feinde, unter anderem ein Virus, welches Biocontrol in Massen züchtet. Auf Äpfel aufgesprüht hat «Madex» eine Erfolgsquote von gegen 97 Prozent. Heute umfasst das Sortiment von Biocontrol mehrere hundert Produkte, darunter etwa auch Schwal-

beliefert Gärtner und Haushalte, letztere hingegen Imker und Tierhalter. Dadurch können die einzelnen Kundenbedürfnisse gezielter bearbeitet werden.

Harte Konkurrenz

Der Bioboom hat dazu geführt, dass sich europaweit bereits eine Vielzahl von Konkurrenten auf dem Markt für biologischen Pflanzenschutz tummelt, obwohl die Margen eher gering sind. Diesen Umstand führt Martin Andermatt auf die arbeitsintensive Produktion, die Komplexität und die Beratungsintensität des Biopflanzenschutzgeschäfts zurück. Als Folge ist der Wettbewerbsdruck in dieser Branche sehr hart geworden. Den Erfolg seiner Firma sieht der Agronom hingegen in der Fülle von Lösungen, die Biocontrol anbietet. Diese kann gewährleistet werden, weil viel in die Forschung und Entwicklung investiert und auch die Nähe zu Hochschulen gesucht wird. In die Zukunft blickt Andermatt mit gemischten Gefühlen. Einer-

seits ist das Sortiment von Biocontrol sehr breit. Zuversichtlich stimmt Andermatt auch die Tatsache, dass mehr Nicht-Biobauern seine Produkte kaufen als reine Biobauern: «Integriert wirtschaftende Landwirte setzen nur dann biologische Mittel ein, wenn für sie das Kosten-Nutzen-Verhältnis besser ist als bei konventionellen Methoden.» Dies beweise, dass viele Biocontrol-Produkte auch kostenmässig den Vergleich mit herkömmlichen Mitteln nicht zu scheuen brauchen. Andererseits treiben Andermatt die zunehmend hohen Hürden bei der Registrierung von neuen Produkten Sorgenfalten auf die Stirn. Man möchte meinen, dass diese Tatsache Biocontrol nur Vorteile bringt. Denn je höher die Eintrittsbarrieren zu einem Markt sind, umso sicherer können sich die bereits in der Branche operierenden Firmen fühlen. Dem ist aber nicht so. Denn langfristig muss auch das breiteste Sortiment irgendwann einmal aufgefrischt werden. Und die Kosten für die Neuregistrierung eines Produkts würden dann enorm sein.



Martin Andermatt, Gründer der Unternehmen der Andermatt-Gruppe



Drei wirtschaftspolitische Wünsche von Martin Andermatt

1 Registrierung von biologischen Pflanzenschutzmitteln

Beim biologischen Pflanzenschutz ist die Bewilligungshürde im Verhältnis zur Marktnische sehr hoch. Wenn dieser Nachteil in der neuen Pflanzenschutzmittelverordnung nicht ausgeglichen wird, besteht die Gefahr, dass keine neuen Bio-Pflanzenschutzmittel mehr zur Registrierung angemeldet werden.

2 Englisch

Die meisten Kinder und Jugendlichen sind hoch motiviert, Englisch zu lernen. Also lassen wir sie lernen! Ein exportorientiertes Land wie die Schweiz müsste das Ziel haben, dass die meisten Schulabgänger fließend Englisch sprechen können.

3 Ein Bundesrat für die Reduktion von Gesetzen und Verordnungen

Die Gesetzesflut ist allgemein bekannt. Wer ist eigentlich verantwortlich für das konsequente Ausmisten und Reduzieren aller bestehenden Gesetze, Verordnungen usw.? Ich wünsche mir deshalb einen achten Bundesrat, der ein Departement führt, das allein die Reduktion der Gesetzesflut zum Ziel hat.

Europa-Forum zum Thema EU-Erweiterung

Rund ein halbes Jahr nach der offiziellen Aufnahme der zehn mittelosteuropäischen Staaten in die EU lädt das Europa Forum Luzern ein zur **Veranstaltung «Die EU-Erweiterung und die Schweiz»**. Im Rahmen des Symposiums werden die Bedeutung

dieser einmaligen Erweiterungsrunde sichtbar und Bezüge zur Schweiz hergestellt. Hochkarätige Vertreter werden hierzu **am 18. Oktober im Kultur- und Kongresszentrum Luzern** Stellung nehmen. So der «EU-Erweiterungskommissar», Gün-

ter Verheugen, Bundesrätin Micheline Calmy-Rey und der litauische Aussenminister Antanas Valionis sowie zahlreiche weitere Vertreter aus Wirtschaft und Politik aus Litauen, Polen, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und der Schweiz.

Konferenzsprache Deutsch mit Simultanübersetzung ins Englische.

Weitere Informationen:



www.europa-forum-luzern.ch



info@europa-forum-luzern.ch

Abstimmungsparolen 26. September

Volksinitiative «Postdienste für alle»	NEIN
EO-Revision Mutterschaftsversicherung	Stimmfreigabe
Bürgerrechtsvorlage Einbürgerung zweite Generation	Keine Parole
Bürgerrechtsvorlage Einbürgerung dritte Generation	Keine Parole

Osec unter neuer Leitung

An der Generalversammlung der Osec, der schweizerischen Exportförderungsorganisation, vom 17. Juni 2004 wurde Dr. Rolf Jeker als Nachfolger von Staatssekretär David Syz zum neuen Aufsichtsratspräsidenten dieser Organisation gewählt. Daniel Küng wird die Osec als CEO leiten. Aus Sicht von economiesuisse ist es wichtig, dass die Osec die international tätigen Schweizer Unternehmen beim Zugang auf ausländische Märkte tatkräftig und effizient unterstützen kann.

Vernehmlassungen

15. Juli 2004

Revision des Bundesgesetzes über die Information der Konsumentinnen und Konsumenten (KIG)

Kontakt: thomas.pletscher@economiesuisse.ch

Verordnung über die Zertifizierungsdienste im Bereich der elektronischen Signatur und technischen und administrativen Vorschriften

Kontakt: thomas.pletscher@economiesuisse.ch

9. August 2004

Vernehmlassungsverfahren zur Änderung der Lebensmittelverordnung aufgrund des Gentechnikgesetzes.

Kontakt: menga.sandoz@economiesuisse.ch

15. August 2004

Vernehmlassung zum Bundesgesetz über Regionalpolitik

Kontakt: rudolf.walser@economiesuisse.ch

10. September 2004

Vernehmlassung zur jährlichen Abrechnung der Mehrwertsteuer

Kontakt: pascal.gentinetta@economiesuisse.ch

30. September 2004

Bildungsrahmenartikel in der Bundesverfassung – Vernehmlassung zu den Vorschlägen der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK – NR)

Kontakt: rudolf.walser@economiesuisse.ch

30. November 2004

Teilrevision des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Immobiliarsachen- und Grundbuchrecht)

Kontakt: thomas.pletscher@economiesuisse.ch

Impressum

Herausgeber: economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen – **Verantwortliche Redaktion:** Regina Hunziker-Blum – **Adresse:** Hegibachstrasse 47, Postfach, 8032 Zürich, Tel. 01 421 35 35, Fax 01 421 34 34, E-Mail: regina.hunziker@economiesuisse.ch, Web: www.economiesuisse.ch – **Adressänderungen:** marianne.baer@economiesuisse.ch
Erscheinungsweise: monatlich – **Gestaltung:** Layout88 GmbH, 8008 Zürich – **Druck:** Herbdruck AG, 8032 Zürich

Dokumentation

- **EU-Erweiterung**
Broschüre A5, 8 Seiten. Gratis.
- **«Zur Revision des Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG).»**
Für weniger Regulierung und mehr Wettbewerb in der Verbreitung. Positionspapier Juni 2003. Gratis.
- **«Wirtschaftspolitik in der Schweiz 2004»**
Perspektiven und Schwerpunkte der Schweizer Wirtschaftspolitik für Opinion-Leader, Medien und Wirtschaftsvertreter. Fr. 50.– + MWST/Porto.
- **«newsletter»**
Für Führungskräfte und Kader aus Wirtschaft, Medien und Politik. Erscheint monatlich, Abonnement gratis.
- **Karl Hofstetter: «Corporate Governance in der Schweiz»**
Erhältlich in Deutsch/Französisch/Englisch. Fr. 40.– + MWST/Porto.
- **«ausgabenkonzept»**
Diskussionsplattform der Wirtschaft zu den öffentlichen Finanzen. Fr. 30.– + MWST/Porto oder gratis
Download: www.economiesuisse.ch
- **Schweizerische Bildungs-, Forschungs- und Technologiepolitik**
Perspektiven bis 2007. Gratis.
- **«Swiss Code of Best Practice»**
Erhältlich in Deutsch/Französisch/Englisch. Gratis.
- **«Steuerkonzept»**
Vorschläge der Wirtschaft zur Neugestaltung der Finanzordnung. Broschüre, 32 Seiten, Fr. 10.–.
- **Portrait economiesuisse**
Arbeitsgebiete, Dienstleistungen, Ziele sowie Organisation des Verbands. Gratis.
- **Wirtschaftspolitische Foliensets**
 20 Folien allgemeine Wirtschaftspolitik
 11 Folien Sozialpolitik
- **«E-Mail-Service»**
Aktuelle Meldungen von economiesuisse.ch wöchentlich direkt auf Ihrem PC. Bitte E-Mail-Adresse angeben.
- **«dossierpolitik», Pressedienst**
Für Medienvertreter, Politiker und politisch Interessierte. Erscheint wöchentlich. Gratis.

Talon bitte ausgefüllt faxen an: 01 / 421 34 34

Bestellung

Adressänderung

Firma _____

Name _____

Strasse _____

Vorname _____

PLZ/Ort _____

Funktion _____

E-Mail _____



Mitglieder, die sich an einer Vernehmlassung beteiligen möchten, können die Unterlagen bei economiesuisse anfordern.